



Verbindliche Regelung statt Plauderei

Pressemitteilung von Kirsten Tackmann, 30. Oktober 2007

Zur Ankündigung von Kanzlerin Angela Merkel, sich stärker für mehr Frauen in Führungspositionen einzusetzen, erklärt Kirsten Tackmann, frauenpolitische Sprecherin DIE LINKE:

Es ist ja lobenswert, dass die Kanzlerin diese Frage zur Chefsache macht, aber offensichtlich ist an Frau Merkel vorbei gegangen, dass bereits 2001 eine freiwillige Vereinbarung zur Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft verabschiedet wurde. Seitdem ist wenig passiert. Dass ein Gespräch der Kanzlerin mit den Vorstandsvorsitzenden die Benachteiligung von Frauen in den deutschen Vorstandsetagen beendet, darf bezweifelt werden.

Wenn die Kanzlerin es denn ernst meint, muss sie eine verbindliche gesetzliche Regelung für die Privatwirtschaft zur Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes schaffen. So könnte eine gesetzlich geregelte Frauenquote nach norwegischem Vorbild zur Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsräten auf mindestens 40 Prozent führen. Das ist seit Langem eine

grundsätzliche Forderung der LINKEN und zwar zum Wohle aller Arbeitnehmerinnen und nicht nur für die Elite der Wirtschaft.